

V-01 Selbstbestimmung und gelebte Vielfalt - Für ein Ende der Diskriminierung kopftuchtragender Frauen im Berliner öffentlichen Dienst und damit für die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes

Antragsteller*in: Miriam Siemon, Anna Hoppenau, Irina Herb, Jutta Brennauer, Vivian Weitzl, Sumona Dhakal, Sarah Schneider (KV Neukölln)

Tagesordnungspunkt: TOP 3 Weitere Anträge

1 Unser grüner Feminismus ist inklusiv, intersektional und plural. Mit voller Überzeugung
2 setzen wir uns für ein grünes Berlin ein, in dem Alle selbstbestimmt und gut leben können
3 und jegliche Formen von Diskriminierung und Marginalisierung überwunden werden. Wir erkennen
4 an, dass wir Frauen alle von Sexismus und patriarchalen Strukturen betroffen sind, einige
5 von uns aber gleich mit mehrfachen Diskriminierungsformen zu kämpfen haben. Gerade in
6 Zeiten, in denen rechte, antifeministische und rassistische Kräfte errungene Rechte und
7 Freiheiten einschränken und uns als plurale Gesellschaft auseinander drängen wollen, sind
8 wir solidarisch miteinander.

9 Um Gerechtigkeit für Alle umzusetzen, müssen wir stets einen (selbst-)kritischen Blick
10 darauf werfen, ob unser Feminismus und unsere Politik tatsächlich für alle Menschen da ist –
11 oder eben nur einige mitdenkt und deren Lebensentwürfe und Entscheidungen als die Norm setzt
12 und damit Rassismus und Diskriminierungsformen reproduziert. Unser Anspruch an uns selbst
13 ist es darum, unsere eigene Ausschlussmechanismen und diskriminierenden Sprach- und
14 Handlungsweisen zu erkennen und diese möglichst abzubauen. Wir wollen immer wieder kritisch
15 auf uns blicken und prüfen, ob und wo wir uns weiter entwickeln müssen. Außerdem ist es
16 unser Anspruch, Frauen, die von (antimuslimischen, Anti-Schwarzen) Rassismus, Antiromaismus/
17 Antisintiismus, Antisemitismus oder anderen Diskriminierungen betroffen sind, aktiv für
18 unsere Politik zu gewinnen, ihren Perspektiven Raum zu bieten und die Hürden für ihre
19 Teilnahme und Repräsentation abzubauen. Denn: Wir wollen nicht Politik stellvertretend für,
20 sondern mit Menschen selbst machen.

21 Wenn Frauen, die ein Kopftuch tragen, weder als Lehrer*innen an staatlichen Schulen, noch
22 als Polizist*innen oder hoheitlich tätige Justizbedienstete arbeiten können, dann steht das
23 ganz klar im Widerspruch zu unserem Feminismus. Denn: Wir setzen uns für die Ermächtigung
24 und Selbstbestimmung aller Frauen ein!

25 Für die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes

26 Deshalb wollen wir das Berliner Neutralitätsgesetz abschaffen. Das Bundesverfassungsgericht
27 hat bereits 2015 die Rechtmäßigkeit eines pauschalen Verbots des Kopftuchs an Schulen
28 hinterfragt. Jüngst hat das Bundesarbeitsgericht das pauschale Kopftuchverbot, das aus dem
29 Berliner Neutralitätsgesetz folgt, als nicht verfassungskonform bezeichnet: Das Tragen eines
30 Kopftuchs könne einer Lehrerin nur dann verboten werden, wenn belegt wird, dass sie durch
31 ihr Verhalten konkret den Schulfrieden gefährden würde. Auch wir Grüne Frauen in Berlin
32 haben 2018 in der Frauen*Vollversammlung festgehalten, dass der Streit um das
33 Neutralitätsgesetz nicht weiter auf dem Rücken kopftuchtragender Frauen ausgetragen werden
34 darf. 2019 haben wir uns im Bundesfrauenrat für die Selbstbestimmung von Frauen und gegen
35 ein pauschales Verbot des Kopftuchs ausgesprochen. Dies gilt konsequenterweise für alle
36 Bereiche (Schule, Rechtspflege, Polizei), wenn auch für Veränderungen in unterschiedlichen
37 Bereichen unterschiedliche Prozesse benötigen werden.

38 Vor diesem Hintergrund setzen wir Grüne Frauen eine klare Botschaft: Für die
39 Gleichberechtigung aller Frauen und gegen Bevormundung. Ein Kopftuchverbot im öffentlichen

40 Dienst löst keine patriarchalen Strukturen, sondern führt zur Diskriminierung und
41 Entmündigung von kopf-tuchtragenden Frauen.

42 Für eine plurale Demokratie auf Basis geteilter Werte statt vermeintlicher Neutralität

43 Begründet wird das Gesetz damit, dass Menschen in staatlichen Institutionen keiner
44 religiösen oder weltanschaulichen Beeinflussung ausgesetzt sein dürfen (d.h. es geht um den
45 Schutz ihrer ‚negativen Religionsfreiheit‘). Eine solche Beeinflussung sieht das Gesetz im
46 Tragen sichtbarer religiöser Symbole. Wir halten es jedoch für grundlegend falsch, eine
47 mögliche religiöse oder weltanschauliche Beeinflussung allein auf Grund des Äußeren zu
48 unterstellen. Auch gerichtlich wurde bereits festgehalten, dass keine abstrakte Gefahr von
49 kopftuchtragenden Lehrerinnen nachgewiesen werden könne und damit die negative
50 Religionsfreiheit nicht per se eingeschränkt ist.

51 Die Idee des Gesetzes ist, dass Staatsbedienstete in ihrem Auftreten ein bestimmtes Bild von
52 vermeintlicher Neutralität verkörpern sollen. Wenn wir Neutralität und das Recht auf
53 negative Religionsfreiheit fordern, müssen wir genauer hinschauen: Kein*e Lehrer*in,
54 Richter*in oder Polizist*in ist vollkommen neutral und frei von eigenen Wertvorstellungen
55 und Weltanschauungen. Dies ist auch keine Bedingung für den Staatsdienst. Kein Mensch legt
56 ihr Äußeres oder ihre Weltanschauungen gänzlich ab, auch nicht beim Schlüpfen in eine
57 staatliche Robe oder Uniform. Sowohl sexistisch und rassistisch zugeschriebene Merkmale wie
58 Geschlecht und Hautfarbe, als auch Habitus aufgrund von Klasse oder kulturelle Symbole (wie
59 zum Beispiel Eheringe) bleiben immer sichtbar oder fließen implizit in das Denken, Bewerten
60 und das Handeln der Person ein. Neutral muss (und kann) nicht der Mensch sein, neutral muss
61 der Staat gegenüber den verschiedenen Religionen und Weltanschauungen sein. Das bedeutet,
62 dass er niemanden bevorzugen oder benachteiligen darf. Das ist der Kern des staatlichen
63 Neutralitätsgebots. Dies bedeutet: Staatsbedienstete im öffentlichen Dienst können und
64 müssen nicht neutral sein, sondern sich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im
65 Sinne des Grundgesetzes bekennen. Das ist für alle Menschen Grundlage, um an staatlichen
66 Schulen zu lehren oder in der Justiz tätig zu sein, um Bürger*innen zu beraten und zu
67 schützen. Dieser Anspruch ist zum Beispiel für Lehrer*innen bereits im Beutelsbacher Konsens
68 verankert und wird durch das Überwältigungs- und Missionierungsverbot gestützt. Und wir
69 halten dies auch für wichtig. Dass allein ein sichtbares religiöses Symbol mit der
70 Unfähigkeit gleichgesetzt wird, eine Berufstätigkeit auf Basis der Grundsätze unserer
71 Verfassung auszuüben, halten wir Grüne hingegen für einen Trugschluss und diskriminierend.

72 Gegen Diskriminierung: Das Neutralitätsgesetz trifft nicht alle Religionen gleich

73 Kopftuchtragenden Frauen wird durch das Neutralitätsgesetz entweder die freie Berufswahl im
74 Sinne der freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit verwehrt (Art. 2, Art. 12 GG) oder aber ihr
75 Recht auf Religionsfreiheit (Art. 4 GG) und Diskriminierungsfreiheit aufgrund des Glaubens
76 und der religiösen Anschauung (Art. 3 GG) beschnitten.

77 Zwar verbietet das Gesetz allen religiösen Gruppen das Tragen sichtbarer Symbole, aber nicht
78 alle Religionen sind gleichermaßen von dem Verbot betroffen. Das Gesetz diskriminiert
79 bestimmte religiöse Gruppen: Während ein Kreuz unter dem Hemd getragen werden kann und viele
80 Religionsgemeinschaften auch gänzlich ohne Symbole leben, kann eine Kippa, ein Sikh-Turban
81 oder eben ein Kopftuch nicht einfach unsichtbar gemacht werden, ohne die Person als solche
82 aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen. Das Gesetz diskriminiert deshalb solche
83 Religionen, für die ein sichtbares Kleidungsstück Teil ihrer religiösen Ausübung ist. Es
84 spricht Menschen, zu deren Religiosität bestimmte sichtbare Kleidungsstücke gehören, qua
85 Äußeres die Fähigkeit ab, im besten Sinne des Staates hoheitliche Tätigkeiten ausüben zu
86 können. In Berlin betrifft dies im Besonderen kopftuchtragende Frauen. Daher kommt das
87 Neutralitätsgesetz einem partiellen Berufsverbot für sie gleich.

88 Unser grüner, intersektionaler Feminismus nimmt nicht nur individuelle, sondern auch
89 strukturelle Diskriminierungen, wie sie zum Beispiel von Gesetzen ausgehen können, in den
90 Blick. Deshalb sprechen wir uns entschlossen dagegen aus, wenn eine Gruppe von Frauen
91 strukturell benachteiligt wird.

92 Für Selbstbestimmung und Empowerment und gegen Bevormundung

93 In der öffentlichen und politischen Debatte wird das Kopftuch zum Teil pauschal als anti-
94 feministisch gehandelt. Dies sehen wir als eine diskursive Bevormundung. Es ist eine
95 unangebrachte Verkürzung, das Kopftuch pauschalisierend als Zeichen patriarchaler
96 Unterdrückung zu lesen – eine Lesart, die auch gerne von rechten Kräften gegen Muslim*innen
97 genutzt wird und gegen die wir uns geschlossen stellen. Für unseren Feminismus ist
98 Selbstbestimmung zentral: Wir bevormunden uns untereinander nicht, sondern stehen
99 solidarisch nebeneinander. Dazu gehört: Jede Frau entscheidet selbst für sich, was sie
100 tragen, woran sie glauben möchte. Wir schauen genau hin und diskutieren auf Augenhöhe, statt
101 pauschale Annahmen über die Entscheidungen einer jeden von uns zu treffen. Denn wir setzen
102 uns auf allen Ebenen für Solidarität, Selbstbestimmung und Empowerment ein.

103 Für eine gelebte Pluralität, in der Vielfalt nicht unsichtbar gemacht wird

104 Die vermeintliche Neutralität des Neutralitätsgesetzes bedeutet konkret, dass
105 kopftuchtragende Frauen aus Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen und damit
106 unsichtbar gemacht werden.

107 Wir wünschen uns stattdessen eine Stadt, in der die reale Vielfalt auch in allen
108 Hierarchieebenen und Bereichen des öffentlichen Dienstes und in der Berliner Verwaltung eine
109 sichtbare Vielfalt ist und entsprechend repräsentiert wird. Dabei geht es um elementare
110 Grundrechte und gerechte Teilhabe von marginalisierten Gruppen. Es geht aber auch darum,
111 dass eine sichtbare Diversität und die Repräsentation marginalisierter Gruppen an
112 staatlichen Stellen unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Gerade Kinder und junge
113 Menschen sollen an Schulen ermutigt werden Vielfalt wertzuschätzen, Gemeinsamkeiten zu
114 entdecken und stereotype Zuschreibungen, und Vorurteile und rassistische Denkmuster zu
115 hinterfragen und aufzubrechen. Menschen auf ihr Aussehen oder ihre Kleidung zu reduzieren –
116 wie zum Beispiel durch das Tragen eines als religiös markierten Symbols – wird der Vielfalt
117 und Komplexität, in der wir leben, nicht gerecht. Religiösen Menschen per se abzusprechen,
118 sie könnten nicht im Sinne des Staates handeln bzw. diesen verkörpern, ist im Kern
119 antipluralistisch und antidemokratisch. Als intersektionale Feminist*innen denken wir
120 insbesondere an die Herausforderungen, die Muslim*innen mit Kopftuch in unserer von
121 Rassismus und Sexismus geprägten Gesellschaft erleben. Dabei wird klar: In öffentlichen
122 Institutionen müssen Mechanismen, Regeln, Normen und Routinen, die kopftuchtragende Frauen
123 systematisch ausschließen bzw. benachteiligen, abgebaut werden statt diese von bestimmten
124 Funktionen auszuschließen.

125 Des Weiteren stehen wir dafür ein, mögliche Debatten im Umgang mit Religion insbesondere im
126 Kontext der Schule nicht schlichtweg unsichtbar zu machen und damit zur Seite zu schieben.
127 Statt Fragen rund um Religion und Weltanschauung durch die Verbannung sichtbarer Symbole
128 beiseite zu schieben, muss die Schule zu einem Raum werden, in dem Debatten geführt und
129 junge Menschen in ihrer Selbstbestimmung und ihren diskriminierungskritischen Kompetenzen
130 bestärkt werden. Kindern und jungen Menschen ist wenig geholfen, wenn Kopftücher pauschal
131 aus ihrem Schulalltag verbannt werden. Stattdessen braucht es gute Diversity-Konzepte an
132 Schulen, sodass junge Menschen lernen, sich in wichtigen gesellschaftlichen Fragen
133 selbstbestimmt zu positionieren. Das Recht auf negative Religionsfreiheit bedeutet nämlich
134 nicht, Religion nicht sehen zu müssen. Es bedeutet vielmehr, dass wir in einer religiös- und
135 weltanschaulich pluralen Gesellschaft nicht übermäßig bzw. unausgeglichen beeinflusst und

136 damit in unseren Handlungs- und Entscheidungsoptionen eingeschränkt werden. Ein solcher
137 bewusster und reflektierter Umgang muss gelernt werden – von Schüler*innen und auch von
138 Lehrkräften.

139 Es geht auch um Vorbildfunktion: Für Frauen, die ein Kopftuch tragen, braucht es
140 Ansprechpartner*innen und starke Vorbilder – mit und ohne Kopftuch. Hier können Lehrer*innen
141 und Beamt*innen mit Kopftuch eine Chance sein – als Brückenbauer*innen und als Vorbilder.

142 Daher setzen wir uns für die Abschaffung des Berliner Neutralitätsgesetzes ein

143 Was wir für den Bereich der Schule argumentiert haben, gilt auch für die Justiz und die
144 Polizei, auch wenn Staatsbedienstete dort in einem anderen Verhältnis zu Bürger*innen
145 stehen. Wir sind davon überzeugt, dass Menschen nie neutral sein können, sondern sich in
146 ihrer Rolle als Staatsbedienstete an demokratische Grundrechte und das Überwältigungs- und
147 Missionierungsverbot zu halten haben und mögliche religiöse Debatten nicht durch die
148 Verbannung sichtbarer Symbole gelöst werden. Dies gilt konsequenterweise für alle Bereiche,
149 wenn auch für Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen unterschiedliche Prozesse
150 benötigen werden.

151 Aus diesen Gründen fordert die Frauen*vollversammlung/Frauen*konferenz von Bündnis 90/Die
152 Grünen Berlin die Abschaffung des Berliner Neutralitätsgesetz. Sollte es 2021 zu Sondierung-
153 oder Koalitionsverhandlungen unter grüner Beteiligung kommen, muss die Abschaffung dieses
154 Gesetzes von besonderer Priorität sein.

Begründung

Weitere Antragsteller*innen:

Filiz Keküllüoğlu-Abdurazak, Deniz Yıldırım-Calıman (jeweils KV Friedrichshain-Kreuzberg), Tuba Bozkurt (KV Mitte), Fatoş Topaç (KV Kreisfrei), Gülşah Bayar (KV Steglitz-Zehlendorf), Ingrid Bertermann, Rounak Omar, Maha Abdulkarim (jeweils KV Mitte), Sandy Krone (KV Steglitz-Zehlendorf), Magdalena Matheis, Seyran Osman, Sana Zahrani, Asma Hweja (jeweils KV Mitte), Johanna Haffner, Miriam Wirsing, Elisa Himbert (jeweils KV Friedrichshain-Kreuzberg), Dinah Schmechel, Mila Rabini, Nina Locher, Cornelia Hagemann, Julia Hübner, Theresa Ruwe, Sarah Flemming (jeweils KV Mitte)

Unterstützer*innen

Susanna Kahlefeld (KV Neukölln); June Tomiak (KV Kreisfrei); Julia Dittmann (LAG Frauen* und Gender); Bahar Haghanipour (LAG Frauen* und Gender); Santina Wey (KV Tempelhof-Schöneberg); Svenja Borgschulte (KV Pankow); Annka Esser (Grüne Jugend); Laura Dornheim (KV Lichtenberg); Juliana Wimmer (KV Mitte); Gollaleh Ahmadi (KV Spandau); Aida Baghernijad (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Carola Scheibe-Köster (KV Neukölln); Meret Weber (KV Neukölln); Meike Berg (KV Neukölln)